

Stand: 04.04.2026 04:25:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11829

"Unterrichtsausfall endlich reduzieren - Planstellen voll umfänglich besetzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11829 vom 08.06.2016
2. Beschluss des Plenums 17/11892 vom 09.06.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und
Fraktion (FREIE WÄHLER)

Unterrichtsausfall endlich reduzieren – Planstellen voll umfänglich besetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag transparent darzulegen, wie viele der 1.079 im Nachtragshaushalt beschlossenen Planstellen bisher an den unterschiedlichen Schularten zum Stichtag 1. Juni 2016 bereits besetzt wurden
2. unverzüglich einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, wie der weiterhin vorhandene hohe Unterrichtsausfall an allen Schularten deutlich reduziert werden kann. Dabei sollen auch eine zehnprozentige Erhöhung der Mobilien Reserve an Grund- und Mittelschulen sowie der integrierten Lehrerreserve an den weiterführenden Schulen Gymnasium, Realschule, Berufliche Oberschule und den beruflichen Schulen enthalten sein.

Begründung:

Bereits in einem Dringlichkeitsantrag vom 26. März 2015 unter Drucksachennummer 17/5882 hat die FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion eine zehnprozentige Erhöhung der Mobilien Reserven gefordert, um auf den realen Bedarf an den Schulen jederzeit und flexibel reagieren zu können. Leider ist seitdem diesbezüglich wenig passiert und der Unterrichtsausfall ist weiterhin deutlich zu hoch, wie auch aktuelle Presseveröffentlichungen von Lehrerverbänden darlegen. Zudem sind im Grund- und Mittelschulbereich derzeit über 22.000 und im Bereich der beruflichen Schulen über 41.000 Flüchtlingskinder zusätzlich zu beschulen. Deshalb gilt es unverzüglich dem Landtag darzustellen, ob die 1.079 im Nachtragshaushalt beschlossenen Planstellen bereits besetzt werden konnten und welche Maßnahmen die Staatsregierung vorsieht, um den hohen Unterrichtsausfall zu bewältigen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/11829

Unterrichtsausfall endlich reduzieren – Planstellen voll umfänglich besetzen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag transparent darzulegen, wie viele der 1.079 im Nachtragshaushalt beschlossenen Planstellen bisher an den unterschiedlichen Schularten zum Stichtag 1. Juni 2016 bereits besetzt wurden.

Die Nummer 2 des Dringlichkeitsantrags wurde abgelehnt.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Kathi Petersen

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Thomas Gehring

Staatssekretär Georg Eisenreich

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir fahren mit den Dringlichkeitsanträgen fort. Ebenfalls zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

Lehrkräfte entlasten! - Unterrichtsausfall durch Neueinstellungen vermeiden
(Drs. 17/11810)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Unterrichtsausfall endlich reduzieren - Planstellen voll umfänglich besetzen!
(Drs. 17/11829)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Petersen für die SPD. Bitte sehr.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Finanzminister die Staatsregierung im Allgemeinen und sich selber im Besonderen quasi als 15. Nothelfer dargestellt hat, hätte ich für ihn jetzt ein weiteres Einsatzgebiet. "Es gefällt mir kein Stand so gut, ich wollte auch keinen lieber annehmen, als ein Schulmeister zu sein." Das hat Martin Luther einmal gesagt. Auch wenn sich der Beruf des Lehrers im 16. Jahrhundert vom Beruf des Lehrers im 21. Jahrhundert erheblich unterscheidet, wäre die von Luther bekundete Wertschätzung auch heute höchst wünschenswert. Erfreulicherweise gibt es sie.

Lehrer als Traumberuf, das gilt für viele Studierende, aber auch – und das mag erstaunen – für viele Lehrerinnen und Lehrer. Wäre das nicht der Fall, wäre es um die Unterrichtsversorgung an vielen unserer bayerischen Schulen schlecht bestellt. Dann würden pro Woche nicht nur 41.721 Stunden, sondern fast 250.000 ersatzlos ausfallen. Nur weil Schulleiter oder Kollegen als Vertretung einspringen, Klassen zusammenlegen oder andere kreative Lösungen finden, wird ein Unterrichtsausfall von durch-

schnittlich 10 % des Unterrichts – so hat es der BLLV erhoben – verhindert, der voll zu Lasten der Schüler ginge. Das darf nicht so bleiben.

Der BLLV diese Woche zu Recht Alarm geschlagen. Deshalb verlangen wir, die SPD-Fraktion, heute mit unserem Dringlichkeitsantrag die nötige Aufstockung der Mobilen Reserve und der integrierten Lehrerreserve an den weiterführenden Schulen. Der erhebliche Unterrichtsausfall zeigt, dass wir nicht zu viele, sondern zu wenige Lehrer haben.

Das hat mehrere Gründe. Entgegen den Prognosen haben wir steigende Schülerzahlen. Dabei spielen auch die Flüchtlinge eine große Rolle. Waren es zu Beginn des Schuljahres noch 46.300, so sind es jetzt 62.000. Das ist ein erheblicher Anstieg innerhalb eines Schuljahres. Nicht zu vergessen ist auch die steigende Zahl von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen. Die Zahl der Schüler hat sich erhöht, die Zahl in der Mobilen Reserve nicht. Das heißt, dass die Mobilen Reserven schon zu Beginn des Schuljahres fest eingeplant waren. Von einer Mobilen Reserve kann man daher nicht mehr reden.

Wenn Lehrerinnen und Lehrer krank werden, an Fortbildungen teilnehmen oder aufgrund sonstiger berufsbedingter Verpflichtungen fehlen, gibt es keinen Ersatz, sondern nur schulinterne Notlösungen. Darunter leidet die Qualität des Unterrichts. Förderstunden werden gestrichen, Klassen zusammengelegt und gemeinsam unterrichtet. Von der versprochenen individuellen Förderung der Kinder kann keine Rede mehr sein. Auch die Gesundheit der Lehrer leidet darunter. Nicht von ungefähr fallen 61 % der nicht planmäßig erteilten Unterrichtsstunden wegen Erkrankung der regulären Lehrkraft aus. Bei den Erkrankungen handelt es sich zunehmend um Burn-out oder andere Langzeiterkrankungen von Lehrkräften, die nur unter enormer und gesundheitsgefährdender Belastung ohne Reserve vertreten werden können.

Am Geld kann es nicht liegen, dass die Staatsregierung nicht längst Lehrerstellen im notwendigen Umfang zur Verfügung stellt. Erst vor wenigen Wochen hat sich der Fi-

nanzminister für den ausgeglichenen Haushalt feiern lassen. Es liegt auch nur zum Teil an fehlenden Lehrern. Viele Referendare, die das Lehramt an Realschulen oder Gymnasien anstreben, stehen auf der Straße. Gleichzeitig fallen an den Gymnasien 11,3 % und an Realschulen sogar 12,3 % der Unterrichtsstunden aus. Das Geld ist da. Die Lehrer sind da. Es gibt keinen Grund, die Mobile Reserve nicht im notwendigen Umfang zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Sorgen wir dafür, dass jedes Kind in der Schule so gefördert wird, dass es seine Fähigkeiten entfalten und seinen Platz in unserer Gesellschaft finden kann. Sorgen wir dafür, dass der Traumberuf Lehrer sich für die Lehrer nicht zum Albtraum entwickelt. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER stimmen wir zu. Ich bitte auch um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Die nächste Wortmeldung kommt von Professor Dr. Piazzolo für die FREIEN WÄHLER. Bitte sehr.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor der Mittagspause war ich mit einigen Kollegen bei einer Besuchergruppe, bei der Schüler und natürlich auch Lehrer dabei waren. Das, was sie uns mit auf den Weg gegeben haben, lautete: Setzt euch für mehr Lehrer ein! Gestern Abend saßen wir mit den Berufsschullehrern zusammen. Viele Kollegen der FREIEN WÄHLER waren auch mit dabei. Die Quintessenz dieses Abends war: Wir brauchen mehr Lehrer. Diese Woche hat der BLLV eine große Pressekonferenz abgehalten und gesagt: Wir brauchen mehr Lehrer. Diese Forderung hat auch die SPD in ihren Antrag übernommen. Wenn man als Bildungspolitiker durch das Land fährt und mit Lehrerverbänden und Elternverbänden spricht, hört man immer das Gleiche: Wir brauchen mehr Lehrer, wir haben einen ernst zu nehmenden Unterrichtsausfall.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsfraktion, ich kann mir vorstellen, dass Sie diese Rufe auch hören. Hören allein reicht aber nicht. Als Abgeordnete müssen Sie auch etwas tun, meine sehr verehrten Damen und Herren, speziell auf der rechten Seite.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Über Jahre hinweg ist hier zu wenig passiert. Es ist nicht nichts passiert; Herr Waschler wird uns gleich erläutern, was alles geschehen ist.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ist es!)

Ich weiß das und höre es mir an. Es ist ja auch nicht falsch. Etwas ist passiert, aber es ist zu wenig passiert.

Ich erinnere mich an den Wahlkampf der FREIEN WÄHLER 2008, bevor wir im Landtag waren. Da sind wir über das Land gefahren und haben mehr Lehrer und kleinere Klassen gefordert. Das war eine unserer zentralen Botschaften, und das ist es immer noch. Das heißt, in den sieben, acht Jahren ist ein bisschen passiert, aber zu wenig passiert, ja viel zu wenig passiert.

Dazu kommt das Thema der Geflüchteten mit 40.000 jungen Leuten an den Berufsschulen und 22.000 an den Grundschulen und Mittelschulen. Ich weiß, es sind über 1.000 Planstellen geschaffen worden. Aber die Frage ist: Können sie alle besetzt werden? Deshalb fragen wir auch in Nummer 1 unseres Dringlichkeitsantrags nach den Planstellen. Es müssen mehr Lehrerstellen geschaffen werden.

Bei den Mobilen Reserven gibt es einen Webfehler. Wir haben zwar ein mehrstufiges Verfahren; aber wenn ich es richtig weiß, gab es am Anfang des Schuljahrs 1.900 Stellen. Über 200 werden noch draufgesattelt, und am Ende ist man – so steht es auch im SPD-Antrag – bei etwas über 2.100 Stellen. Das bedeutet aber, dass die Mobile Lehrerreserve im zweiten Schulhalbjahr meistens schon aufgebraucht ist. In der Kürze der Zeit bekommt man keine Aushilfslehrer. Da stimmt etwas nicht im Sys-

tem. Deshalb fordern wir schon seit Langem, dass man auf mindestens 110 % geht. Auch da sind wir uns einig.

Insofern noch einmal die Bitte an Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade von der Mehrheitsfraktion, und liebe Staatsregierung – nicht im Namen der FREIEN WÄHLER und nicht im Namen der Opposition, sondern im Namen und zur Unterstützung der Lehrer und auch der Schüler, – dringend etwas zu tun. Wir bekommen die Zahl – auch der BLLV hat sie genannt – von immer mehr Lehrern, die an der Grenze dessen sind, was sie arbeiten können. Burnout ist gerade erwähnt worden. Ich glaube, es brennt.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen Lehrkräften, die schon seit Jahren zum großen Teil an der Grenze ihrer Belastbarkeit arbeiten – Herr Kreuzer, wenn ich es richtig weiß, waren Sie einmal Staatssekretär im Kultusministerium; das ist schon etwas länger her, – für das zu danken, was sie tun. Aber die Grenze der Belastbarkeit ist erreicht. Der Staatsminister ist nicht da, aber dafür Herr Staatssekretär Eisenreich, ein verständiger Mensch, der, glaube ich, die Sorgen aufnehmen kann. Bitte tun Sie etwas, um die Überlast abzubauen, Lehrerstellen in diesem Bereich zu schaffen, die Mobile Reserve zu erhöhen und auch die integrierte Reserve zu erhöhen. Das ist dringend notwendig.

Über die zwei Nummern unseres Dringlichkeitsantrags würden wir gern getrennt abstimmen lassen, wenn das geht. Recht herzlichen Dank, dass Sie zugehört haben, und noch mehr Dank, wenn Sie etwas für die Lehrer tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Piazolo. – Für die CSU-Fraktion hat sich Kollege Professor Dr. Waschler gemeldet. Bitte sehr.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Frau Kollegin Petersen hat darum gebeten, dass die Staatsregierung der

15. Nothelfer sein soll, und Herr Kollege Piazolo hat eine vermehrte Lehrereinstellung gefordert. Er war auch prophetisch tätig; denn er hat vorhergesagt, dass ich genau darauf hinweisen werde. Sie haben auch recht, Herr Kollege. Wir sind in der Tat in einer Phase einer außerordentlichen bildungspolitischen Herausforderung, und die Staatsregierung hat nicht nur Wort gehalten, sondern auch Lehrereinstellungen vorgenommen, wie es sie in dieser Form noch nicht gegeben hat. Ich weise hier auf den Nachtragshaushalt hin, in dem insgesamt rund 1.700 Stellen ausgewiesen wurden, davon 1.079 Planstellen, und der Rest als Mittel für Stellen. Auf diese Weise können die Herausforderungen, die uns allen bekannt sind, so bewältigt werden, dass man uns in anderen Ländern Deutschlands ausdrücklich um diese Möglichkeiten beneidet.

Es handelt sich um einen gewaltigen Aufschlag, und alle Lehrerverbände – auch der Lehrerverband, der vorhin zitiert worden ist – haben der Staatsregierung und der sie tragenden CSU-Fraktion dafür ausdrücklich gedankt. In diesem Zusammenhang darf ich auch auf etwas hinweisen, was sonst nirgendwo erwähnt wird. Wir werden alle Klassen, die infolge der erhöhten Schülerzahlen aus dem Bereich der Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber und wegen der Aufgabe, Deutsch als Fremdsprache zu vermitteln, notwendig sind, durch eine dramatische Aufstockung zum Beispiel der Übergangsklassen einrichten können.

In der heutigen Diskussion wird vor allem seitens eines Lehrerverbandes ein gegenteiliger Eindruck erweckt. Zugegeben, in diesem Monat sind aktuell Personalratswahlen, und da kommt vielleicht die eine oder andere Schärfe herein, die man sonst nicht verspüren würde. Ich kann nur sagen, dass die Aussagen der Schulämter draußen nach dem Motto zitiert werden können: Mit den Zuweisungen, die da sind, kommt man hin. Natürlich ist immer ein Mehr wünschenswert; aber es ist machbar. Die SPD gibt in ihrem Antrag sogar ausgedrückt zu, dass "die Situation nicht flächendeckend dramatisch" sei. Was ist dann bitte schön dramatisch?

Deshalb möchte ich mich auf den Wortlaut des Dringlichkeitsantrags der SPD beziehen. Da ist nämlich von einem "zunehmenden Unterrichtsausfall" die Rede, und das

gibt eben die Realität nicht wieder. Die von der SPD bemühte Statistik muss vollständig dargelegt werden, damit man weiß, wovon wir sprechen. So sind zum Beispiel an den Grundschulen im Schuljahr 2013/14, von der SPD korrekt aufgeführt, 6,2 % der Lehrerstunden nicht planmäßig erteilt worden. Aber jetzt muss man genau hinschauen. Was bedeutet das "nicht planmäßig"? 1,4 % sind durch organisatorische Maßnahmen, 4,0 % durch Vertretungen erteilt worden, also dadurch, dass Kolleginnen oder Kollegen eingesprungen sind. 1,4 % plus 4,0 % gibt 5,4 %. Damit bleibt es bei 0,8 % der Lehrerstunden, die bayernweit ersatzlos ausgefallen sind. Im darauf folgenden Schuljahr – das wird von der SPD auch zitiert – waren es 1,0 %.

Ich habe mir die Mühe gemacht, einmal über die Ländergrenze hinauszuschauen. Wir befinden uns, positiv gesehen, mit dem erteilten Unterricht absolut in der Spitzengruppe. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, man muss schon genau hinschauen, wenn man vergleicht und Forderungen erhebt. Die geringe Differenz zwischen dem nicht erteilten und dem nicht planmäßig erteilten Unterricht ist dadurch möglich – Herr Kollege Piazzolo hat es soeben erwähnt –, dass die Mobile Reserve in erheblichem Umfang vorhanden ist und dass in Qualität und Quantität regelmäßig nachgelegt wurde.

Auch die Tatsache, dass man, über das Schuljahr verteilt, Personen in den Schuldienst aufnimmt und diese in den Unterrichtsbetrieb eingegliedert werden, hat es ermöglicht, dass der Unterricht in Notfällen nicht ersatzlos ausfällt. Darauf komme ich gleich noch zurück.

Man muss die Lehrerzuweisung als Ganzes sehen. Zu Beginn des Schuljahres, verehrte Kolleginnen und Kollegen, war die Lehrerzuweisung an den Grund- und Mittelschulen in punkto Pflichtunterricht voll gewährleistet. Auch die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften, die Erteilung von Deutsch-Förderunterricht und alles, was mit Ganztags- und Inklusion zu tun hat, waren vollständig gegeben. Wenn darauf hingewiesen wird, dass es im Bereich der Grund- und vor allem der Mittelschullehrer und in manchen Bereichen der beruflichen Bildung, also bei den Berufsschullehrern, Engpässe gibt, muss man das eben angehen. Deswegen hat man in zwar moderatem, aber

notwendigem Umfang Personen aus dem Realschul- und Gymnasialbereich den Weg in den Bereich der Grund- und Hauptschulen eröffnet.

Ich komme nun auf den möglichen Unterrichtsausfall zu sprechen, der aufgrund von Krankheit eintritt. Das zielt auf das Thema Mobile Reserven. Wenn im November, im Dezember und im Februar nachgesteuert werden kann, haben die Schulen selbstverständlich die Möglichkeit, den Ausfall entsprechend auszugleichen.

Betrachten wir doch einmal die Realität, was wäre, wenn wir dem Antrag der SPD zustimmen würden. Da wird gefordert, in erheblichem Umfang zusätzliches Personal einzustellen. Aber was würde dann mit Ihrer Statistik passieren, Frau Kollegin Petersen? – In Ihrer Statistik würde dann wiederum auftauchen, dass der Unterricht – weil der größte Teil, wie Sie richtig gesagt haben – durch Krankheit zunächst planmäßig nicht erteilt werden kann, wieder durch Vertretung gegeben werden müsste. Das würde in Ihrer Statistik wieder einen hohen Wert ergeben, den Sie dann hier im Parlament zur Sprache bringen würden.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Kollege, schreien Sie doch nicht immer dazwischen, sondern hören Sie sich zunächst einmal an, was ich sagen will. – Ihre Argumentation ist ein Schuss voll nach hinten, sie ist ein klassisches Eigentor.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein, nein, Sie wollen die Probleme einfach nicht lösen!)

Dass wir nach Kräften weiterhin das Möglichste an Lehrereinstellung durchführen und in Deutschland in der Spitzengruppe stehen, ist überhaupt keine Frage, aber das wissen Sie doch. Den SPD-Antrag müssen wir in der vorliegenden Form deshalb vollständig ablehnen.

Herr Kollege Piazzolo, noch ein Wort zu Ihrem Nachzieher. Sie haben in Ihrer letzten Bemerkung dargelegt, dass Sie über die Nummern des Antrags getrennt abstimmen

wollen. Es geht da um die Planstellen in punkto Verwendung. Vielleicht ist das ein bisschen in Vergessenheit geraten. Der Herr Minister hat über die geplante Verteilung im Bildungsausschuss bereits berichtet. Wenn es jetzt um den Vollzug geht, bin ich überzeugt, dass die Staatsregierung darüber im Bildungsausschuss regelmäßig berichten wird. Ich denke, mit dem Hinweis, dass die Regierungsfraktion darauf drängen wird, dass über den Vollzug zeitnah berichtet wird, ist der erste Teil des Antrages obsolet.

Den zweiten Teil müssen wir natürlich ablehnen. Nur noch einmal zur Verständigung: Das war vorher nicht bekannt, aber das Signal, dass wir dazu nahtlos einen Bericht bekommen wollen und auch werden, werden wir geben. Wenn Sie mir einen Wink geben, wie hier verfahren werden soll, bin ich Ihnen dafür herzlich dankbar.

Ich bin stolz darauf – das darf ich für die CSU-Landtagsfraktion sagen –, dass wir hier in dieser großen bildungspolitischen Herausforderung eine großartige Unterstützung durch die Staatsregierung haben. Ich darf meinen ausdrücklichen Dank an all die Lehrerinnen und Lehrer, an das pädagogisch tätige Personal, die Verwaltungsangestellten sowie die gesamte Schulfamilie dafür sagen, dass es in dieser schwierigen Situation einen so klaren Schulterchluss gibt.

Hier wird Großartiges geleistet, damit wir in Bayern auch weiterhin das beste Bildungswesen in ganz Deutschland und weit darüber hinaus haben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Der beste Abgeordnete der CSU hat hier gesprochen!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment noch. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Petersen.

Kathi Petersen (SPD): Herr Kollege Waschler, ich habe den Eindruck, Sie nehmen die Realität nicht zur Kenntnis. Kollege Piazzolo hat ausdrücklich darauf hingewiesen,

wenn man mit Lehrern spricht, nicht nur mit Lehrerverbänden, mit der Schulleitung oder Schulämtern, gewinnt man deutlich den Eindruck – das muss man als Realität auch akzeptieren –, dass sehr viel Unterricht ausfällt.

Ich habe keine Vergleiche zwischen Bayern und anderen Bundesländern gezogen. Wir sind hier im Bayerischen Landtag und sind für die bayerischen Schulen, die bayerischen Schülerinnen und Schüler und für die bayerischen Lehrer zuständig.

Zur Mobilen Reserve, von der Sie sprechen, darf ich Ihnen ein Beispiel nennen. Es stammt aus der Pressekonferenz des BLLV. In einer Mittelschule in Schwaben sind in einer Woche im Mai dieses Jahres 130 Unterrichtsstunden aus ganz verschiedenen Gründen ausgefallen; 76 davon wegen Krankheit. Ganze 5 dieser 130 Unterrichtsstunden konnten durch die Mobile Reserve übernommen werden. Wo kann man da noch von einer Mobilen Reserve sprechen? Sie ist praktisch nicht mehr vorhanden. Zumindest im Laufe des Schuljahrs reduziert sie sich. Das heißt, die anderen Lehrer müssen einspringen. Sie tun es dankenswerterweise. Kollege Piazzolo hat bereits darauf hingewiesen.

Gleichzeitig nimmt aber der Krankheitsstand der Lehrer zu. Es gibt zunehmend Langzeiterkrankungen, sodass diese Lehrer lange Zeit vertreten werden müssen. Die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers ist gefordert, wenn die Beschäftigten zunehmend über Überlastung klagen. Das können wir nicht ohne Weiteres hinnehmen. Wir würden von jedem anderen Arbeitgeber verlangen, dass er seine Beschäftigten schützt, und das müssen wir als Land auch.

Ein Weiteres hat sich verändert. Wenn Lehrerinnen schwanger werden, gilt das Gleiche wie bei den Erzieherinnen: Sie bekommen ein Beschäftigungsverbot, weil die Ansteckungsgefahr zu groß ist. Das heißt, Schwangere fehlen nicht nur während der Mutterschutzzeiten, sondern während der gesamten Schwangerschaft. Auch das hat bisher leider keinerlei Auswirkungen auf die Mobile Reserve gehabt. Sie wurde nicht bedarfsgerecht aufgestockt. Darauf zielt unser Dringlichkeitsantrag.

Wir sind auch stolz auf das gute bayerische Bildungssystem. Wir wollen aber, dass es wirklich gut bleibt. Dazu gehört, dass Unterricht nicht ausfällt, sondern erteilt wird. Daher muss, soweit es im Vorfeld planbar ist, die Mobile Reserve aufgestockt werden. Deswegen beantragen wir, dass die Mobile Reserve besser ausgestattet wird, damit Schüler und Lehrer zu ihrem Recht kommen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Waschler, bitte sehr.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin Petersen, ich verstehe Ihre Sorge um den nicht erteilten Unterricht. Gleichzeitig stelle ich aber fest, dass es auch der SPD-Fraktion nicht gelingen wird, Krankheit zu verbieten. Wenn Krankheit massiv auftritt, kommt es eben zu Spitzen. Das kann man nicht wegdiskutieren.

(Inge Aures (SPD): So ein Quatsch!)

Von der Gesamtheit der Fläche her betrachtet ist das aber eindeutig ein sehr niedriger Stand.

(Inge Aures (SPD): Stimmt nicht!)

Dabei ist das Bessere immer der Feind des Guten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha, was heißt das denn?)

Ein Weiteres: Auch der SPD-Fraktion wird es nicht gelingen, Schwangerschaften zu verbieten. Das heißt, es läuft immer wieder auf Arbeitsspitzen aus dem gleichen Grund hinaus.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben 2.100 Personen als Mobile Reserve.

(Volkmar Halbleib (SPD): Reicht diese Mobile Reserve aus?)

Sie wollen zwar nicht auf andere Länder schauen, trotzdem müssen Sie feststellen, dass wir in Bayern eine Situation haben, die im Vergleich außerordentlich günstig ist.

(Inge Aures (SPD): Es reicht aber nicht!)

Wenn insgesamt eine Rekordeinstellung an Lehrerinnen und Lehrern über alle Schularten hinweg vorhanden ist, ist das auch von der Oppositionsfraktion zur Kenntnis zu nehmen. Auf diesem Weg werden wir uns nicht beirren lassen und orientieren uns an den bestehenden Möglichkeiten.

(Volkmar Halbleib (SPD): In der Negierung der Probleme lassen Sie sich nicht beirren! Das merkt man!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment noch, es gibt noch eine weitere Zwischenbemerkung. Kollege Piazolo, bitte sehr.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Waschler, Sie haben mich direkt bezüglich unseres Antrages angesprochen. Sie haben seine Intention tatsächlich richtig verstanden. Mit Nummer 1 geht es darum zu erfahren, wie viele der Planstellen im Vollzug besetzt sind. Insofern ist das ein Berichtsantrag, von dem ich hoffe, dass Sie ihm zustimmen können.

Ich kann da vielleicht ein paar Worte von Mephisto aus "Faust" in Abwandlung zitieren: Von Zeit zu Zeit sehen wir den Minister gern, und hüten uns, mit dem hohen Herrn zu brechen. Es wäre also ganz nett von ihm, wieder einmal mit dem Ausschuss zu sprechen. Das also lege ich dem Herrn Minister gerade auch im Zusammenhang mit diesem Zitat ans Herz. Vor diesem Hintergrund können Sie als CSU diesen Antrag mittragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Waschler, wollen Sie antworten? Sie müssen nicht. Sie können es aber tun.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ich habe es doch schon angedeutet. Ein Berichts Antrag ist für uns unproblematisch. Wenn die Staatsregierung einen solchen Bericht für eine der nächsten Ausschusssitzungen signalisiert, ist der Antrag insofern obsolet.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Insofern wurde ja auch schon von Herrn Professor Piazzolo in seinem Redebeitrag angekündigt, dass es eine getrennte Abstimmung geben soll. Darauf kann man ja reagieren.

Vielen Dank, Herr Kollege Professor Waschler. – Der nächste Redner ist Kollege Gehring, bitte sehr.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass die CSU-Fraktion diesem Berichtsteil zustimmt. Das ist guter parlamentarischer Brauch. Ich gehe davon aus, dass sich die Kollegen daran halten werden.

Ich möchte mich, wie es guter Brauch ist, meinen Vorrednern anschließen und mich bei den Lehrkräften bedanken, die an den Schulen diese Arbeit leisten. Ich danke vor allem den Lehrkräften, die den Unterrichtsausfall durch Mehrarbeit reduzieren, sodass die Statistiken so sind. Die Statistiken wären noch schlechter, wenn wir nicht so viele Lehrkräfte hätten, die sich bereits zu Beginn des Schuljahres bereit erklären, über ihre Arbeitszeit hinaus zusätzlich zu unterrichten und einzuspringen, weil Lehrerinnen und Lehrer fehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte mich auch bei den Pensionären bedanken, die an den Schulen einspringen, wenn der Schulleiter anruft und sagt: Wir haben dich zwar kürzlich verabschiedet, aber bitte komm nochmal, wir brauchen dich. Ich möchte mich auch bei den Lehrkräften bedanken, die häufig zwei Klassen gleichzeitig beaufsichtigen und unterrichten.

Auch das alles zählt nicht als Unterrichtsausfall. Für diese Dinge müssen wir uns bei unseren Lehrkräften bedanken.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ja, es fehlen Stellen für eine bessere Unterrichtsversorgung. Zum Teil sind die Stellen vorhanden, fehlen aber die Personen, um dort zu unterrichten. Das sind die Folgen einer in der Vergangenheit fehlerhaft betriebenen Politik, weil die CSU-Regierung zum einen falsch gerechnet und die Situation falsch eingeschätzt, zum anderen nicht die notwendige Vorsorge betrieben hat.

Zum Thema "falsch gerechnet": Bereits im vergangenen Jahr musste die Unterrichtsprognose korrigiert werden. Wir stellen ständig fest, dass die Zahlen nicht stimmen. Das hat mit einer ständigen Zuwanderung in das bayerische Bildungssystem zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

– Ja, es geht um Flüchtlinge. Es ist wichtig, dass wir für die Flüchtlinge etwas tun. Aber ich habe mir vom Kultusministerium die Zahlen geben lassen und festgestellt: Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die im vergangenen Jahr nach Bayern zugewandert und eingeschult worden sind, liegt bei etwa 25.000. Weniger als die Hälfte dieser Schülerinnen und Schüler sind Flüchtlinge. Die anderen Kinder, die aus der EU oder aus den EFTA-Staaten kommen, sind Kinder von Arbeitsmigranten. Das ist ein normaler Prozess innerhalb der Europäischen Union. Diese Kinder müssen natürlich mitgerechnet werden, wenn es um die Unterrichtsversorgung geht. Es gilt also, besser zu rechnen, die Situation besser einzuschätzen und zu sehen, dass wir faktisch ein Einwanderungsland sind. Damit muss die Unterrichtsversorgung Schritt halten.

Zum Thema Vorsorge: Wir finden jetzt kaum Grundschullehrerinnen und -lehrer, die diese Arbeit übernehmen können. Letztes Jahr hatten wir eine Einstellungsrate von 2,69. Das heißt, es sind fast alle Grundschullehrerinnen und -lehrer eingestellt worden, die sich beworben haben. Das reicht nicht, man hat nicht die nötigen Personen.

Vor fünf Jahren – das ist noch nicht lange her – hatte man eine Einstellungsrate von 1,91. Damals sind nur ungefähr halb so viele Lehrer eingestellt worden wie dieses Jahr. Die meisten der Bewerberinnen und Bewerber haben damals keine Stelle bekommen. Diese gut ausgebildeten Lehrkräfte fehlen heute in diesem System. Das ist Folge Ihrer Politik.

Das nächste Problem bekommen wir bei den Realschullehrern. Im vergangenen Jahr sind 3 % – 3 %! – der Realschullehrer eingestellt worden. Wir wissen: Ab 2020 wird sich die Zahl ändern; denn dann wird der Bedarf an Realschullehrern wieder größer sein als die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber. Das heißt, wir laufen bei den Realschulen in die gleiche Falle wie jetzt gerade bei den Grundschulen. Das ist keine planende Personalpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Auch Mittelschullehrerinnen und -lehrer fehlen, weil der Beruf, die Ausbildung und vor allem die Bezahlung unattraktiv sind. Auch das ist eine falsche Vorsorge.

Deswegen lauten unsere immer wieder erhobenen Forderungen, auch in unseren Haushaltsanträgen; denn eigentlich geht es heute um Haushaltspolitik:

Erstens brauchen wir den Ausbau der Mobilen Reserve, damit im November und Januar, wenn die erste Grippewelle kommt, nicht die nötigen Lehrkräfte fehlen, sondern Lehrkräfte da sind und einspringen können. Gegen Krankheit kann tatsächlich keiner etwas tun.

Zweitens brauchen wir für alle Schularten den Ausbau einer 110-prozentigen Lehrerversorgung. Dann kann die Schule auf den Ausfall von Lehrkräften selber reagieren.

Drittens brauchen wir für alle Schularten ein Programm und Stellen für die Inklusion von Schülerinnen und Schülern, und zwar auch für den Bereich außerhalb der Schule; denn wenn Lehrkräfte fehlen, ist die Belastung der vorhandenen Lehrkräfte groß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden die Anträge der SPD-Fraktion und der FW-Fraktion unterstützen, weil es gilt, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Jetzt muss die Situation neu eingeschätzt und endlich eine vorsorgliche Lehrereinstellungspolitik betrieben werden. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesen Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Eisenreich um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Unterrichtsversorgung der staatlichen Schulen ist eine Kern- und Daueraufgabe von uns. Deswegen ist es gut, wenn wir uns in regelmäßigen Abständen darüber austauschen. Wir investieren erhebliche Ressourcen, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen und Unterrichtsausfall zu vermeiden. Dazu haben wir passende Instrumente, insbesondere die integrierte Lehrerreserve, die Mobile Reserve und Geldmittel für Aushilfsverträge zur Verfügung. Auch haben wir im Hinblick auf den absehbaren Ausfall von Lehrkräften, die zum Beispiel in Elternzeit gehen, damit begonnen, zusätzliche Kontingente aufzubauen. Aber da sind wir erst am Anfang.

Insgesamt investieren wir wirklich viel. Hierzu möchte ich Ihnen ein paar Zahlen vorlegen: Bei den Grund- und Mittelschulen haben wir ganzjährig in der Mobilen Reserve rund 2.100 Stellenäquivalente. Das sind 1.900 Lehrer und über 200 Fachlehrer. Zudem gibt es im November und Januar Aufstockungen. Auch wird an den Grund- und Mittelschulen zum Schulhalbjahr Ersatzbedarf für bis dahin ausgeschiedene Lehrkräfte sichergestellt. Bei den Förderschulen sind es knapp 300 Stellenäquivalente für die Mobile Reserve, an den Realschulen 110 Stellenäquivalente plus Mittel zur Beschäftigung von Aushilfskräften. Bei den Gymnasien haben wir 320 Stellenäquivalente bei der integrierten Reserve, 165 Stellenäquivalente für die Mobile Reserve sowie Mit-

tel für Aushilfskräfte und Mittel zur eigenen Bewirtschaftung. Es gibt also bereits ein differenziertes System an Instrumenten, die in den letzten Jahren zumindest zum Teil sukzessive aufgestockt wurden.

Dass es in besonderen Fällen auch notwendig ist, schulinterne Maßnahmen zu ergreifen, möchte ich nicht verschweigen. Dann müssen zum Beispiel Differenzierungen aufgehoben, Klassen zusammengelegt und Doppelführungen vorgesehen werden. Wir versuchen jedoch, dies insgesamt zu vermeiden.

Mit den zusätzlichen Ressourcen, die wir investiert haben, haben wir positive Ergebnisse erzielt, was den Unterrichtsausfall betrifft. An der Grundschule haben wir eine relativ niedrige Quote; von ersatzlos ausgefallenem Unterricht. Sie liegt dort bei 1,0 %, an der Mittelschule bei 1,8 %, an der Realschule bei 1,2 % und am Gymnasium bei 2,3 %.

An der Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass man zwischen zwei Dingen unterscheiden muss: Das eine ist der nicht planmäßig stattfindende Unterricht, das andere der ersatzlos ausgefallene Unterricht. Dieser Unterschied ist wichtig; denn wenn zum Beispiel eine Exkursion oder ein Projekt stattfindet, kann an diesem Tag der Unterricht nicht planmäßig erfolgen. Da aber Unterricht stattfindet, ist es demnach kein ersatzlos ausgefallener Unterricht. Ich bitte also, vor allem auf den ersatzlos ausgefallenen Unterricht zu schauen, wo die Quoten insgesamt niedrig sind. Wir bemühen uns auch darum, dass die Quoten weiterhin niedrig bleiben bzw. zurückgehen.

Unser Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und zur Vermeidung von Unterrichtsausfall hat sich bewährt. Das ist nicht nur eine Kernaufgabe, sondern auch eine Daueraufgabe. Wenn es uns gelingt, bei dem einen oder anderen Instrument noch etwas draufzulegen, haben wir in diesem Haus mit Sicherheit alle nichts dagegen.

Wir haben in 2016 zusätzlich 1.079 Planstellen erhalten. Darüber berichten wir im Bildungsausschuss gerne. Deswegen rege ich an, dass wir der Nummer 1 des Antrags

zustimmen. Als Reaktion auf die Schülermehrungen, die durch Zuwanderung entstanden sind, haben wir in diesem Jahr im Nachtragshaushalt diese 1.079 zusätzlichen Planstellen erhalten.

An dieser Stelle gebührt auch allen Fraktionen herzlicher Dank, die in einer gemeinsamen Diskussion angeregt haben – und so ist es auch beschlossen worden –, dass wir die Stellen ab Anfang des Jahres bekommen. Wir besetzen diese Stellen sukzessive und berichten gerne in einer der nächsten Bildungsausschusssitzungen.

Ich weiß, dass der Unterricht aufgrund der erhöhten Schülerzahl durch die Zuwanderung im laufenden Schuljahr eine besondere Herausforderung für die Schulleitungen, die Lehrkräfte und die Schulaufsicht war. Das hat nur deswegen so gut funktioniert, weil sich die Lehrkräfte in Bayern außerordentlich engagiert haben, damit Kinder und Jugendliche Deutsch lernen, ihnen Werte vermittelt werden und die Kinder integriert werden können. Deswegen danke ich an dieser Stelle allen Lehrerinnen und Lehrern in Bayern ganz herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke auch den Verbänden, mit denen wir uns in einem guten Dialog befinden. Sie weisen uns regelmäßig darauf hin, was man noch verbessern kann. Das gehört auch zur Politik. Wir werden diesen Dialog im Interesse aller fortführen. Alle, die in der Bildungspolitik tätig sind, kämpfen immer für ausreichende und mehr Ressourcen. Insgesamt stehen wir jedoch nicht so schlecht da. An dieser Stelle danke ich allen ganz herzlich, die daran mitwirken, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern in Bayern ein wirklich hervorragendes Bildungsangebot machen können.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Mittlerweile hat die CSU-Fraktion zum aufgerufenen SPD-Antrag namentliche Abstimmung beantragt. Dazu kommen wir jetzt aber noch nicht, weil die Geschäftsordnung eine gewisse

Vorlaufzeit ab Verkündung verlangt. Deshalb verschieben wir die Abstimmung auf das Ende der Beratungen zum nächsten Dringlichkeitsantrag. Die Aussprache ist hiermit jedoch geschlossen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wer der Nummer 1 dieses Dringlichkeitsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Jeweils keine. Damit ist diese Nummer 1 insoweit beschlossen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Nummer 2 des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/11829. In dieser Nummer geht es darum, dass ein Maßnahmenkatalog vorgelegt werden soll. Der Antragstext liegt Ihnen vor und ist bekannt. Wer der Nummer 2 dieses Dringlichkeitsantrages zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer 2 dieses Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Damit kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/11810, das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Die Urnen stehen bereit. Wir beginnen mit der Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.46 bis 16.51 Uhr)

So, meine Damen und Herren, die Abstimmungszeit ist abgelaufen. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen, damit wir die verbliebene Sitzungszeit noch gut nutzen können.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich gebe Ihnen jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Petersen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Lehrkräfte entlasten! – Un-

terrichtsausfall durch Neueinstellungen vermeiden", Drucksache 17/11810, bekannt:
Mit Ja haben 59 gestimmt, mit Nein 77, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.06.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion SPD; Lehrkräfte entlasten! - Unterrichtsausfall durch Neueinstellungen vermeiden (Drucksache 17/11810)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gerlach Judith			
Aigner Ilse				Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike			
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete	X			Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard			
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl				Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		
Gehring Thomas	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	59	77	0